

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

23. Juni 2020

Tag des öffentlichen Dienstes

Berliner Finanzämtern fehlen 921 Stellen

Wussten Sie, dass heute der Tag des öffentlichen Dienstes begangen wird. Dieser Tag wurde 2003 von den Vereinten Nationen (UN) ins Leben gerufen, um die Arbeit der Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, zu honorieren. Denn mit ihrer Arbeit engagieren sie sich tagtäglich für das Allgemeinwohl.

Für ver.di ein guter Anlass, am Vortag zu einem Pressegespräch über die Situation der Berliner Finanzämter einzuladen und die folgende Presseinformation, die von vielen digitalen und Print-Medien aufgegriffen wurde, herauszugeben. Beiträge finden Sie dazu beispielsweise bei berlin.de, im Tagesspiegel, im rbb-Teletext, in der BZ und in der Süddeutschen Zeitung.



PRESSEINFORMATION

Berliner Finanzämtern fehlen mehr als 900 Stellen Senat nimmt Einnahmeverluste in Kauf

Nach der letzten bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung zum 1. Januar 2019 fehlen den Berliner Finanzämtern in 2020 rund 921 Stellen. In 2021 werden immer noch 756 Stellen fehlen. Das entspricht der Größe von drei der 23 Berliner Finanzämter. Durch diesen Personalmangel entgehen dem Land Berlin wichtige Steuereinnahmen in erheblichem Umfang, die gerade jetzt für notwendige

Investitionen und die Finanzierung durch die Corona-Krise erforderlich gewordener Unterstützungen dringend benötigt werden.

Der Personalbedarf wird von der Senatsverwaltung für Finanzen selbst nach bundeseinheitlichen Grundsätzen berechnet. Nach dieser Berechnung benötigten die Finanzämter in Berlin zum 1.1.2019 insgesamt 7.283 Stellen. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch nur rund 6.196 Stellen im Haushalt ausgewiesen. Es fehlten also 1.087 Stellen, um für eine gleichmäßige und gerechte Besteuerung zu sorgen und die Belastungen der Beschäftigten auf einem erträglichen Maß zu halten. Der Berliner Senat entschied jedoch, von diesem Bedarf lediglich 330 Stellen zum Doppelhaushalt 2020/2021 anzumelden, und zwar gleichmäßig verteilt auf beide Haushaltsjahre.

ver.di kritisiert die dramatische Unterbesetzung der Berliner Finanzämter auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen. „Seit Jahren werden die Finanzämter nur mit 90 % des errechneten Personalbedarfs ausgestattet. Grund dafür ist eine politische Vorgabe des damaligen Finanzsenators Thilo Sarrazin. Die zögerliche Haushaltsanmeldung zum letzten Doppelhaushalt führte dazu, dass in 2020 gerade einmal 87,35 % der erforderlichen Stellen für eine Besetzung zur Verfügung stehen. Eine Ausstattung der Berliner Finanzämter mit den von der Verwaltung errechneten 7.283 Stellen wäre aber dringend erforderlich“, so Jörg Bewersdorf von der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung. „Erst 2021 sollen dann die 90 % auf Grundlage der Zahlen von 2019 gerade einmal knapp erreicht werden. Das zwischenzeitliche Bevölkerungswachstum ist da überhaupt nicht einkalkuliert.“

„Verschlimmert wird diese Situation noch dadurch, dass eine Vielzahl der vorhandenen Stellen gar nicht besetzt sind. So waren am 31.12.2019 bezogen auf die Arbeitszeit vollzeitbeschäftigter Dienstkräfte rechnerisch 213,5 der vorhandenen Stellen bzw. Stellenteile nicht besetzt. Das geht auch zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten“ sagt dazu Eric Lausch, Vertreter der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung. „Das spiegelt sich auch in der unterdurchschnittlichen Gesundheitsquote wider.“

ver.di erwartet vom Berliner Senat, hier deutlich umzusteuern und die Stellenausstattung der Berliner Finanzämter spürbar zu verbessern. Ziel muss die personelle Vollaussstattung der Berliner Finanzämter sein.

Die ver.di-Jugend, vertreten durch Hendrik Firschke, erwartet, dass auch die Bedingungen für die Berliner Nachwuchskräfte deutlich verbessert werden, damit sich überhaupt genug Bewerberinnen und Bewerber für die anspruchsvolle Ausbildung bzw. das duale Studium finden. „Wir schaffen es in den letzten Jahren oft nur knapp, die vorhandenen Ausbildungs- und Studienplätze überhaupt zu besetzen. Wir müssen die Attraktivität dieses Berufs dringend weiter steigern, um auch in der Konkurrenz zur privaten Wirtschaft und anderen öffentlichen Arbeitgebern zu bestehen. Es wird höchste Zeit, dass alle Anwärtinnen und Anwärter, die die anspruchsvolle Ausbildung bzw. das anspruchsvolle Studium erfolgreich absolviert haben, auch unmittelbar in ein Beamtenverhältnis übernommen werden. Außerdem müssen die Berliner Anwärtinnen und Anwärter endlich genauso behandelt werden, wie diejenigen aus den anderen Bundesländern.“ ver.di fordert, auch den Berliner Anwärtinnen und Anwärtern die gleichen Bedingungen wie ihren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern, die im Aus- und Fortbildungszentrum in Königs Wusterhausen ihre Ausbildung erhalten, zu gewähren. Dazu gehören Zuschüsse zu Unterkunft und Verpflegung sowie die Zahlung von Trennungsgeld.

„Bei allen Anstrengungen werden die Ausbildungszahlen nicht reichen, den Personalbedarf der Berliner Finanzämter zu decken und dem demographischen Wandel in ausreichendem Maße zu begegnen. „Berlin stellt aktuell 170 Steueranwärtinnen und Steueranwärter sowie 210 Finanzanwärtinnen und Finanzanwärter ein. Eine drastische Erhöhung dieser Zahlen im erforderlichen Umfang ist derzeit unrealistisch, denn einerseits sind nicht ausreichen Bewerberinnen und Bewerber zu bekommen und andererseits sind die Ausbildungskapazitäten in den Finanzämtern erreicht. „Die Beschäftigten der Finanzämter wollen eine gute Ausbildung gewährleisten, befinden sich aber bereits jetzt schon an der Belastungsgrenze“, so Eric Lausch. „Wir müssen deshalb unbedingt den Quereinstieg in die Berliner Steuerverwaltung ausbauen. Das geht da alles noch zu langsam und vor allem zu zurückhaltend. Ich könnte mir jedenfalls auch einen Quereinstieg nicht nur im Bereich der steuerferneren Betätigungsfelder wie Personalabteilungen und Buchhaltungen, sondern z. B. auch im Bereich der Betriebsprüfung vorstellen“, so Jörg Bewersdorf. „Hessen geht bereits diesen Weg.“